

Drama in Japan zeigt keine Wirkung

Erneuerbare Energien Nationalrat schickt Standesinitiativen der Kantone Bern und Freiburg bachab

VON BRUNO UTZ

Wer Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind, Biomasse oder Wasser (nur Kleinanlagen) produziert und ins Netz einspeist, der profitiert von der so genannten kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Weil die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder nicht ausreichen, um alle angemeldeten Anlagen zu subventionieren, besteht ein Ausgabendeckel. Die Projekte landen auf einer Warteliste (vgl. Kasten).

Diese Begrenzung soll verschwinden, forderte der bernische Grosse Rat im November 2008. Mit 78 zu 45 Stimmen und 8 Enthaltungen überwiegt er eine Motion von Nadine Masshardt (SP), die eine entsprechende Standesinitiative verlangte: KEV-Gelder sollen für alle Projekte fliesen, welche die Rahmenbedingungen erfüllen. Unterstützt wurde diese Forderung auch vom Regierungsrat: «Ich werde auch von Leuten angesprochen, die nicht in der SP sind und eine Anlage bauen möchten, nämlich vor allem von bürgerlichen Leuten, Kleingewerblern und Bauern», sagte Energiedirektorin Barbara Egger (SP) im Rat.

Diese Woche behandelte der Nationalrat die Berner Standesinitiative und eine vergleichbare des Kantons Freiburg. Beide waren chancenlos.

Im neuen Energiegesetz wurde der Gesamtdeckel angehoben.

der Nationalrat schickte die Berner Initiative mit 94 gegen 60 Stimmen bachab, die aus Freiburg mit 96 zu 59. Adrian Amstutz (SVP), der Mehrheitsprecher der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK), verwies auf den Ständerat, der den Initiativen als Erstrat keine Folge gegeben habe.



8286 Photovoltaikanlagen befinden sich derzeit auf der KEV-Warteliste.

AZ

Insgesamt 9331 Anlagen auf der KEV-Warteliste

Die Finanzierung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) beruht auf der Stromkonzession mit einem Zuschlag pro verbrauchte Kilowattstunde Strom. Das revidierte Energiegesetz erlaubt dem Bundesrat, bis 2013 den Zuschlag von derzeit 0,45 Rappen/kWh auf maximal 0,9 Rappen zu erhöhen. Dann stehen jährlich rund 500 Millionen Franken statt der bisher rund 265 Millionen zur Verfügung. Laut Marianne Zünd, Leiterin Kommunikation Bundesamt für Energie, werden täglich neue Anlagen angemeldet.

Die im Internet einsehbare KEV-Liste sei lang. Die Warteliste gestern: Photovoltaik: 8286 Gesuche; Wind: 468; Wasserkraft: 387; Biomasse: 187; Geothermie: 3. Mit dem Abtrag könne Mitte 2011 begonnen werden. «Vorangesetzt, die vom Bundesrat revidierte Verordnung zum Energiegesetz tritt auf diesen Termin in Kraft.» Der ursprüngliche Anhörgstermin 15. März sei auf Antrag einiger Kantone verlängert worden. Es werde jedoch alles unternommen, den Inkraftsetzungstermin einzuhalten. (UZ)

Die verlangten Änderungen seien im Rahmen der Revision des Energiegesetzes ausgiebig diskutiert und ver-

worfen worden. Im neuen Energiegesetz werde der Gesamtdeckel angehoben. Für die Kommissionsminder-

heit wehrte sich Franziska Teuscher (Grüne): «Um die erneuerbaren Energien richtig gut zu fördern, muss der Deckel weg». Die Schweiz könne mit Sonne, Wind und Wasser die Stromversorgung sauber und sicher abdecken. «Angesichts der atomaren Unfälle in Japan hat dieser Sicherheitsaspekt in der Energieversorgung für uns einen neuen Stellenwert bekommen», so Nationalrätin Teuscher.

Nadine Masshardts Kommentar: «Es ist zwar positiv, dass der KEV-Deckel angehoben wurde. Aber das genügt nicht. Wir müssen nun alles tun, um die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz zu fördern. Mich überrascht, dass der Nationalrat gerade auch aufgrund der schrecklichen Ereignisse in Japan der Initiative nicht Folge geleistet hat.»

Ursula Wyss (SP) zögert noch

Ständeratswahlen Vor zwei Wochen unterlag Ursula Wyss (SP) in der Stichwahl um den vakanten Ständeratssitz von Simonetta Sommaruga (SP) knapp gegen Adrian Amstutz (SVP). Der Wähleranteil für Wyss betrug 49,4 Prozent, die Differenz zu Amstutz 3637 Stimmen. Auf die Frage, ob sie im Herbst bei den ordentlichen Erneuerungswahlen erneut für die SP als Ständeratskandidatin zur Verfügung steht, sagte Wyss am Abend des Wahlsonntags: «Vor einem Entscheid will ich zuerst mit der Familie reden.» Bis gestern ist sich Wyss noch nicht schlüssig geworden: «Jetzt war Session, es fehlte die nötige Ruhe zum Reden und Abwägen.» Es gebe gute Argumente, es erneut zu wagen, aber auch solche, die dagegen sprächen. Überhaupt keine Rolle spiele für sie, dass noch Wahlbeschwerden hängig sind (az Langenthaler Tagblatt berichtete). Es habe sie jedoch geärgert, dass einige Leute die Wahlunterlagen spät oder zu spät erhalten haben.

Regierung legt Termine fest

Obwohl das Wyss-Lager so schnell wie möglich Klarheit haben möchte, kann sich Wyss noch Zeit lassen. Gemäss der Staatskanzlei hat der Regierungsrat diese Woche die Meldefrist für die Ständeratswahlen auf Montag, 22. August, 16 Uhr, festgelegt.

Zwei Wochen vorher, am Montag, 8. August, müssen die Kandidaturen für die Nationalratswahlen bei der Staatskanzlei angemeldet werden. Der Termin für Listenverbindungen läuft am Montag, 15. August ab. (UZ)



Nationalrätin Ursula Wyss.

UZ

Gastbeitrag zum Fortschrittsglauben und zu den technischen Errungenschaften

Lina – die erste Umweltaktivistin



VON MARIE-LOUISE BEYELER-KÜFFER

■ **SIE SPUCKTE** beim Reden, ihre Augen funkelten, ihre Haare waren meist verstrubelt, und Tischmanieren hatte sie auch nicht. Sie ass kein Fleisch, dafür schnitt sie Tomaten ins Birchermüesli. Sie sass in unserem Esszimmer immer oben am Tisch, an Vatis Platz, und das war mehr als symbolisch.

WENN LINA ZU BESUCH WAR, übernahm sie den Lead. Vor ihr lagen ihre Texte und Flugblätter, Mahnschriften, Prospekte und Bücher. Die Eltern und wir Kinder hörten ihr zu, die Ersteren enga-

Lina war die erste Vegetarierin aus ethischen Gründen.

giert und motiviert, Letztere einfach beeindruckt von so viel Eifer, so viel technischem Wissen, so viel wilder Entschlossenheit: zum Kampf gegen AKWs.

LINA WAR die erste Umweltaktivistin, die ich kannte, die erste Vegetarierin aus ethischen Gründen, von ihrer Mission völlig eingenom-

men. Sie liess uns Rachel Carsons «Stummer Frühling» lesen, und ich erinnere mich, dass ich sie in vorpubertärer Keckheit einmal fragte, was genau denn an einem AKW so schrecklich sei. Lina spuckte und funkelte noch mehr als gewöhnlich: «Das verstehst Du dann später. Für heute nimm einfach mit: Es ist zu gefährlich. Die Menschen können so etwas nicht in den Griff bekommen. Nie. Auch wenn sie es jetzt vielleicht meinen.»

ALS WIR IN DER SCHULE einen Aufsatz zum Thema «Warum ich an den Fortschritt glaube» schreiben sollten, fehlte mir – vielleicht wegen Lina – die Lust, mich dazu zu äussern. Ich wählte das Ersatzthema über die Verteidigung des Glaubens. Als wir Theodor Fontanes Gedicht «Die Brücke am Tay» lasen, wurden die darin dramatisch ausgedrückten Ängste vor Technik und «Fortschritt» als Phänomen des 19. Jahrhunderts abgetan.

SPÄTER, der Emotionalität der Jugend entwachsen, gab es eine andere, rationalere Sicht auf den Fortschritt. Keine und keiner möchte auf Kühlschränke oder lebenswichtige Medikamente oder geheizte Räume verzichten, auf diese und viele weitere so genannten Errungenschaften unserer Zeit. Und schliesslich mochten sie ja fast zu überzeugen, die ausgefeilten Botschaften der Fortschrittspropheten. Clever

und cool redeten sie immer wieder von Sicherheit, Sorglosigkeit und Sauberkeit. Sie spuckten nicht und

Probleme seien stets lösbar, das bewiesen sie mit vielen Zahlen.

waren hübsch gekämmt. Probleme, dies bewiesen sie mit vielen, vielen Zahlen, seien stets lösbar. Es kam mir vor, als hätte unser Fortschritt, so er denn einer sei, für alle auftauchenden Probleme zu Land, zu Wasser und in der Luft einen Filter, der das Schädliche schön ansammelt und unsere Gewissen beruhigt.

UND JETZT sitze ich entsetzt und sprachlos vor den Bildern aus Japan. In unerträglicher Deutlichkeit sehe ich vor meinen Augen vorbeiflimmern, was ich mir damals schwerlich vorstellen konnte. Ich erinnere mich an die Wahrnehmung von Angst und Bedrohung und Verzweiflung aus den Broschüren und Worten der Erwachsenen und an meine kindliche Hoffnung, dies alles sei aktivistischem Über-eifer entspringender Entwurf eines fiktiven Horrorszenarios, so absurd wie Tomaten im Birchermüesli. Dem ist nicht so.

* Marie-Louise Beyeler-Küffer ist freischaffende Journalistin und lebt mit ihrer Familie in Bern.

Licht ins Spitaldunkel

Biel In Sachen Spitalzentrum Biel deutet einiges darauf hin, dass nun auch die Oberaufsichtskommission (OAK) des Grossen Rats die Turbulenzen der vergangenen zwei Jahre untersuchen wird.

Das Büro des Grossen Rats empfiehlt dem Rat, eine Motion von zwei Seeländer Grossräten, welche dies verlangen, anzunehmen. Peter Moser (FDP/Biel) und Andreas Blank (SVP/Aarberg) fordern in ihrem Vorstoss, die OAK solle untersuchen, ob der Regierungsrat und die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion gegenüber den Organen des Spitalzentrums Biel (SZB) ihre Aufsichtspflicht wahrgenommen haben. Auch soll die Kommission der Frage nachgehen, welche Rolle der SZB-Verwaltungsrat spielte, als er 2009 die damalige Verwaltungsratspräsidentin Irène Truffer zur Nachfolgerin des entlassenen Direktors Paul Knecht machte und ihr somit eine Doppelfunktion gab (az Langenthaler Tagblatt berichtete).

Weshalb weigert sich Regierung?

Schliesslich soll die OAK auch untersuchen, ob sich die Nichtveröffentlichung des externen Bélaz-Berichts, den die Regierung 2010 zur Erneuerung des zerstrittenen Verwaltungsrats bewog, mit dem Öffentlichkeitsprinzip vereinen lässt. Die Motionäre möchten geklärt haben, aus welchen Gründen sich der Regierungsrat weigerte, den Bericht zu veröffentlichen.

Zu grosse Erwartungen?

Die OAK hat sich bereit erklärt, Untersuchungen durchzuführen, wie aus am Freitag veröffentlichten Unterlagen hervorgeht. Sie warnt allerdings in ihrer Stellungnahme zuhänden des Büros vor zu grossen Erwartungen: Sie könne nicht zusichern, dass sie in die Verwaltungratsprotokolle Einsicht nehmen könne. Ob sie das dürfe, sei rechtlich noch vertieft zu prüfen. Auch werde sie Personen, welche heute nicht mehr beim SZB tätig sind, nicht befragen können. Die OAK verfüge über weniger Befugnisse als eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK).

Die Regierung schrieb dem Büro des Grossen Rats, mit der Neubesetzung des Verwaltungsrats habe sie die notwendigen Massnahmen ergriffen. Wenn der Grosse Rat über die laufenden gerichtlichen Verfahren hinaus eine weitere Untersuchung wolle, sei das aber seine Sache.

Entscheid fällt am 28. März

Die Behandlung der Motion Moser/Blank soll laut dem Sessionsprogramm ganz zu Beginn der kommenden Grossratssession stattfinden, welche am 28. März eröffnet wird.

Die Turbulenzen am SZB begannen mit der fristlosen Entlassung von Paul Knecht im Februar 2009. Ihm warf der damalige SZB-Verwaltungsrat Unregelmässigkeiten bei Spesen und Abgeltungen vor. Diese Vorwürfe werden nun von der Staatsanwaltschaft untersucht. Knecht reagierte auf diese Entwicklung im vergangenen Dezember mit einer Zivilklage gegen das SZB. (SDA/UZ)